



Politik

TAGESTHEMA

Schuldenkrise spitzt sich zu

Euro-Austritt Griechenlands nicht auszuschließen

VON UNSERER KORRESPONDENTIN

Alexandra Jacobson

Berlin. Politiker von SPD, den Grünen und der Linken drängen darauf, Griechenland für die Folgen der Nazi-Besatzung in den Jahren 1941 bis 1944 zu entschädigen. Die Bundesregierung lehnte dieses gestern aber erneut ab. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bekam aus der Union Rückendeckung und aus der SPD Kritik für seine scharfe Attacke gegen die Regierung in Athen. Gleichzeitig wächst die Befürchtung, dass Griechenland den Ausstieg aus dem Euro vorbereiten könnte, um seine Schulden loszuwerden.

Deutschland müsse ein Land sein, das nichts unversucht lasse, um Fortschritte zu erzielen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Unionsfraktionssitzung gestern laut Teilnehmern. Merkel hat den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras für Montag nach Berlin eingeladen. Die Gespräche mit Griechenland seien schwierig, räumte die Kanzlerin ein. Sie machte deutlich, dass sie die Ergebnisse für offen hält.

Zu den Forderungen Athens nach Reparationen sagte SPD-Vize Ralf Stegner: "Es gibt auch nach Jahrzehnten noch zu lösende völkerrechtliche Fragen." Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sagte, Deutschland könne die Forderungen aus Griechenland "nicht einfach vom Tisch wischen". Das sieht auch die Linken-Politikerin Ulla Jelpke so: "Griechische NS-Opfer haben einen Anspruch auf Entschädigung - politisch, moralisch und auch rechtlich."

Die Bundesregierung bekräftigte ihr Nein zu den Reparationsforderungen. Die Frage sei "politisch und juristisch abgeschlossen", sagte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wandte sich ebenfalls gegen eine Debatte über die Rechtmäßigkeit griechischer Reparationsforderungen, forderte aber eine Stärkung der Beziehungen. "Wir müssen dafür sorgen, dass die Freundschaft zwischen Deutschland und Griechenland auch in Zukunft erhalten bleibt." Dem solle ein deutsch-griechisches Jugendhilfswerk dienen, das vergangenen September aus der Taufe gehoben wurde. Aus einem neuen Zukunftsfonds des Auswärtigen Amtes sollen zudem Versöhnungsprojekte finanziert werden. Oppermann warnte davor, das Thema Reparationen mit der Schuldenkrise Griechenlands zu vermischen.

Wolfgang Schäuble warf der Regierung in Athen bei einer öffentlichen Veranstaltung am Montagabend vor, "alles Vertrauen" zerstört zu haben. Der SPD-Außenpolitiker Achim Post hält diese Aussage für "unglücklich": "Wir müssen versuchen, die Beziehungen zu Griechenland zu entemotionalisieren."

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras bat um ein Spitzentreffen am Rande des EU-Gipfels, der morgen beginnt. Nach Meinung von Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts, bereitet Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis das "Endspiel" vor. Wenn er nicht neue Finanzspritzen von der Europäischen Union bekomme, "wird er den Staatskonkurs nebst Austritt provozieren, um seine Schulden loszuwerden".